

Per E-Mail an:

Eidgenössisches Departement für
äussere Angelegenheiten EDA
3003 Bern

vernehmlassung.paket-ch-eu@eda.admin.ch

Vernehmlassungsantwort: Ablehnung der neuen EU-Verträge/Paket Schweiz-EU

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 13. Juni 2025 die Vernehmlassung zum Paket Schweiz-EU eröffnet. Dass er sich für das fakultative Referendum entschieden hat, deutet darauf hin, dass er entweder die Brisanz des Vertrages unterschätzt oder die Bedeutung der Souveränität für die Schweiz nicht allzu hoch gewichtet.

Mit diesem Vertrag bleibt, wie vom Bundesrat erörtert, die formelle staatliche Souveränität der Schweiz gewahrt. Doch was nützt die formelle Souveränität, wenn diese faktisch nicht mehr vorhanden ist?

Faktisch bedeutet der Vertrag eine massive Einschränkung der Handlungsspielräume der Schweiz. Wenn die Schweiz den Zugang zum EU-Binnenmarkt behalten will, muss sie EU-Recht übernehmen, sobald es in den betroffenen Sektoren geändert wird. Unterlässt sie dies, hat dies direkte Konsequenzen. Eine dauerhafte Ablehnung der Rechtsübernahme ist nur unter Inkaufnahme erheblicher ökonomischer Nachteile möglich. Aus unserer Sicht ist dies langfristig kostspieliger, als sich vom Abkommen zurückzuziehen.

Insgesamt erachten wir diesen Vertrag langfristig als nachteilhaft für die Schweiz. Die finanziell starken Befürworter werden profitieren, die grosse Mehrheit verliert mittel- bis langfristig an Lebensqualität, welche sich an die **tieferen Lebensqualität in der EU angleichen** würde.

Weitere relevante Argumente finden Sie im Antwortschreiben der Schwyzer Kantonsregierung vom 14. Oktober 2025. Wir danken der Kantonsregierung an dieser Stelle für die ausführliche Darlegung und Stellungnahme und unterstützen diese.

Aus obigen Gründen lehnen wir das Vertragspaket Schweiz-EU, welches als bilateral bezeichnet wird, in Wirklichkeit aber mehrheitlich unilateral ist und zu viel Macht an die EU abgibt, ab.

Angesichts der Tragweite des Vertrages, welcher in die Verfassung eingreift, erwarten wir, dass dieser dem obligatorischen Referendum unterstellt wird und ein Ständemehr erforderlich ist.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns.

Vielen Dank und freundliche Grüsse

Für das Bündnis «Frye Schwyzer»



Nadia Betschart



Renato Caranci